NJET!

Das kommunistische Jugendmagazin

Immer wieder Krieg

Nach Irak, Libyen und Mali ist jetzt die Zentralafrikanische Republik dran.

NEIN SAGEN. NJET! LESEN.

Noch immer findet Krieg statt.

Die Rebellen in Syrien bekommen Handgranaten von der RUAG. Ihre Treffen, um den Umsturz zu planen, werden vom Bundesrat gesponsert. Islamisten werden von den USA und den EU-Staaten ausgebildet und ausgerüstet für die Zerschlagung und die Ausplünderung Syriens!

Auch in Afrika wütet der Imperialismus. Frankreich intervenierte Anfang 2013 in Mali. Diesmal um Islamisten zu bekämpfen. Es galt schliesslich, die Interessen der französischen Firmen zu verteidigen. Und nach wie vor tobt der Krieg um die Rohstoffe und Reichtümer Malis; nach wie vor stehen 3'000 französische Soldaten im Land.

Trotzdem zog Frankreich im vergangenen Dezember noch auf Beutetour in die Zentralafrikanische Republik. Wieder ein Krieg. Wieder geht es um Rohstoffe. Wieder als Vorwand die humanitäre Hilfe.

Die Medien nutzen die humanitäre Situation zur Kriegshetze, als Vorbereitung für Interventionen.

Es geht auch anders:
In Ecuador fanden im Dezember die Weltfestspiele der Jugend und Studierenden statt. Dieses Festival wurden von 10'000 Jugendlichen aus sozialistischen und kommunistischen Organisationen weltweit besucht. Man solidarisierte sich mit den Kämpfen gegen Krieg und Ausbeutung und trat lautstark für Frieden ein.

Das Njet! kann sich dem nur anschliessen.
Für den Frieden und gegen den Imperialismus!

HIGHLIGHTS

HÄNDE WEG VON SYRIEN

Es gab noch keine direkte Intervention in Syrien, doch der Krieg geht unvermindert brutal weiter.

Seite 10

ROTER OKTOBER

Er drehte sich um die proletarische Frauenbewegung. Auch Einblicke in die sozialistische Gesellschaft in Kuba waren durch die Vorträge möglich.

Seite 6

Inland

04 KJ in Aktion
Was treibt die Kommunistische Jugend?

05 Emma hilft
Arbeitskeidung: Wann muss der Chef bezahlen?

06 Roter Oktober
Das Bildungswochenende der Kommunistischen Jugend Bern. Thema war die proletarische Frauenbewegung.

08 Schweiz bleibt Abzockern treu
Die 1:12-Initiative wurde abgelehnt. Eine Erklärung, warum.

Schwerpunkt

10 Hände weg von Syrien!
Mittlerweile muss allen klar sein: Das sind keine friedlichen Demonstranten. Eine Intervention ist trotzdem keine Lösung.

12 Frankreich auf Beutetour
In Zentralafrika wird interveniert. Wir zeigen, wie es dazu kam und welche ökonomischen Interessen dahinter stecken.

Theorie

14 Arbeitskampf und Gewerkschaften
Wozu Gewerkschaften? Ein Beitrag zur Entstehung der Arbeiterbewegung.

International

17 Erpressung durch die EU
Schon vor dem EU-Beitritt der Ukraine gibt sie ihre Souveränität ab. Westeuropa drängt auf die Freilassung einer korrupten Unternehmerin.

18 INITIATIVE gegründet
Kommunistische Parteien aus Europa gründeten ein Komitee für die gemeinsame Arbeit.

19 Eindrücke von den Weltfestspielen
In Ecuador trafen sich Jugendliche aus allen Ländern und diskutierten über Imperialismus.

Kultur & Trash

22 Ein Spiel um Jobs
Eine Kritik zu «Prakti.com», ein Film, der die Bedingungen von Praktikantinnen und Praktikanten nicht ganz realistisch abbildet.

Impressum
«Njet! - Das kommunistische Jugendmagazin»
Herausgeber: Kommunistische Jugend Zürich
E-Mail: Zuerich@KommunistischeJugend.ch
Abopreis: 20 Franken normal / 40 Franken soli

KJ in Aktion!

KJ Zürich

Die Kommunistische Jugend Zürich (KJZ) gehört zum Komitee der «Bildungsinitiative Zürich». Die Bildungsinitiative konnte am 29. Oktober 2013 eingereicht werden. Mit ihr soll in den öffentlichen Schulen, das heisst Primar-, Sekundar-, Berufsbildungs-, Gymnasialschulen bis zu der Universität, die Bildung kostenlos werden.

Wir als junge Kommunistinnen und Kommunisten finden es gefährlich wie heutzutage an wichtigen Sachen wie der Bildung gespart wird. Die Chance auf eine kostenlose Bildung ist unserer Meinung nach ein Recht, dass jedem und jeder zusteht. Es ist auch so, dass die Tendenz in die Richtung geht, dass die eigene Ausbildung immer mehr kostet, zum Beispiel werden die Studiengebühren immer teurer. Diejenigen, für die Geld keine Rolle spielt, werden natürlich diese Initiative bekämpfen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen hingegen verdienen wenig; ihnen ist nicht egal, ob sie Studiengebühren, Klassenreisen und teure Schulbücher zahlen müssen oder nicht. Die meisten Menschen, die nicht reich sind (die Mehrheit der Bevölkerung) werden von dieser Initiative profitieren. Wenn eine Arbeiterin zum Beispiel 20 Franken mehr Steuern im Jahr zahlen muss, würde sie immer noch einiges an Geld sparen, wenn ihre Bildung kostenlos ist. Bildung ist ein Menschenrecht und darf kein Privileg der Reichen sein!

KJ Bern

Im September waren die USA kurz davor eine Intervention in Syrien zu starten. Die Kommunistische Jugend wollte nicht untätig einem drohenden Krieg zusehen, deshalb hat die Sektion Bern kurzerhand eine spontane Demonstration organisiert. Am 9. September marschierte eine Handvoll Aktivisten und Aktivistinnen aus der KJ und der Partei der Arbeit vor die US-amerikanische Botschaft. Die Polizei hatte allerdings das Gelände rundherum dichtgemacht, ein Durchkommen war unmöglich. Man dachte bereits ans Aufgeben, als die Mitglieder der KJ beschlossen, die Demo anders fortzusetzen: Die Gruppe zog durch die Berner Innenstadt, es wurden Parolen und Lieder für den Frieden gerufen. Man versuchte, die Passanten auf die gefährliche Situation aufmerksam zu machen.

Hoi Emma!
Ich bin 16 und habe eine Lehre als Automechaniker angefangen. Bei der Arbeit muss ich einen blauen Overall tragen, bin ich dazu verpflichtet ihn selbst zu zahlen?
Michi

Wann zahlt der Betrieb euch die Arbeitskleidung?

Hey Michi, danke für deine Frage. Nein, du musst deine Kleidung nicht selbst bezahlen, die Kosten muss dein Betrieb übernehmen. Wann der Betrieb die Kosten für eure Kleider übernimmt und wann nicht, habe ich euch kurz zusammengefasst:
Der Betrieb zahlt eure Arbeitskleidung, wenn ihr verpflichtet seid, diese zu tragen und insbesondere wenn darauf das Firmenlogo ist. In diesem Fall gelten sie als Arbeitsmaterial. Diese Regelung gilt beispielsweise auch für die Uniformen der Post oder die weissen Kittel in der Apotheke, auch wenn diese kein Logo haben sollten.
Wenn ihr einen Beruf ausübt, in dem ihr Schutzkleidung benötigt, muss euch diese bereitgestellt werden. Ganz egal, ob die Schutzkleidung wegen des Schmutzes, chemischer Substanzen oder aus hygienischen Gründen getragen werden muss. In diese Regelung hinein gehören auch Schutzbrillen, Mundschutz, Handschuhe oder Helme.
Selbst zahlen müsst ihr, wenn ihr die Kleidung hingegen auch privat tragen könnt. Das ist dann der Fall, wenn es keine Arbeitskleidung, aber Kleidungsvorschriften gibt, etwa eine schwarze Hose und ein weisses Oberteil. Diejenigen, die in einem Modeladen arbeiten und deshalb die Marken, welche sie verkaufen, berücksichtigen müssen, bekommen wenigstens einen Teil der Kosten zurückerstattet.

Wer übernimmt die Reinigung der Schutzkleidung?

Die Reinigung der Schutzkleidung übernimmt der Arbeitgeber. Ihr habt ja oft gar nicht die Möglichkeit, die Kleider ausreichend gründlich zu reinigen. Bei Kleidung, die so abgenutzt ist, dass eure Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist, muss der Arbeitgeber neue Arbeitskleidung zur Verfügung stellen. Dafür sollt ihr sorgsam mit der Kleidung umgehen und sie bestimmungsgemäss verwenden.

Welche Arbeitskleidung ist überhaupt zulässig?

Zulässig ist nur Arbeitskleidung, welche nicht entwürdigend oder freizügig ist. Kein Chef kann euch dazu zwingen, kurze Röckchen oder knappe Blusen zu tragen. Klar ist aber auch, dass sie es immer wieder versuchen – Arschlöcher eben.

Eure Emma

PS: Falls auch du eine Frage hast bezüglich deiner Lehre oder Schule, dann schick sie Emma über: Zuerich@KommunistischeJugend.ch

Roter Oktober

Ein Wochenende voller Spass und Bildung mit der Kommunistischen Jugend. Kann man sich etwas Besseres wünschen? Vor allem wenn es sich für einmal um das schöne Geschlecht dreht.

Der Rote Oktober fand auch in diesem Jahr wieder statt. Vom 25. bis 27. Oktober trafen sich Kommunisten und Kommunistinnen aus der ganzen Schweiz in Därstetten. Das Bildungswochenende wurde durch die Kommunistische Jugend Bern organisiert und drehte sich diesmal um die proletarische Frauenbewegung.

Der Rote Oktober begann am Freitag, dem 25. Oktober mit einem Schablonen-Workshop. Es wurden mit dem Beamer Vorlagen projiziert und diese dann auf Karton abgezeichnet. Ausgeschnitten werden diese Schablonen für gesprayte Graffiti, natürlich nur dort, wo sie erwünscht sind ;)

Am Samstag folgten drei Referate, die den Feminismus als gemeinsames Thema hatten.

Den ersten Vortrag hielt Franziska Stier von der Gewerkschaft Unia über die «Vier-in-einem-Perspektive». Behandelt wurde die kontroverse Idee einer zukünftigen Gesellschaft, in der die Lebensbereiche Produktion, Reproduktion (Kinderbetreuung, diverse Haushaltsarbeiten), politische Betätigung und Kunst gleichmässig aufgeteilt werden. Bei dieser Idee geht es darum, dass jedes Gesellschaftsmitglied sich in allen vier Lebensbereichen zu gleichen Teilen einbringt. In der konkreten Umsetzung würden dann

diese vier Lebensbereiche in jeweils vier Stunden pro Tag aufgeteilt. So kann auch ein Arzt einmal einer anderen Arbeit nachgehen, eine Bauarbeiterin einmal in einem Büro arbeiten.
Nach dem Vortrag wurde ausführlich über diese Utopie diskutiert.

Als nächstes berichtete Malena Castañeda über die Rolle der Frau in der kubanischen Gesellschaft. Castañeda arbeitet auf der kubanischen Botschaft in Bern und konnte uns viele interessante Fakten aufzeigen.
Sie erzählte, wie sich Kuba und insbesondere die Rolle der Frauen seit der Revolution in den 60er Jahren verändert hat.
Zuvor war der Zugang zu Bildung in Kuba stark eingeschränkt, 57% der Bevölkerung konnte weder schreiben noch lesen und der Hälfte der Kinder wurde der Schulbesuch verwehrt. Zur Stellung der Frau in der heutigen kubanischen Gesellschaft muss man sich nur die Statistik am Ende des Artikels ansehen.

Den dritten Vortrag hielt Roger von der KJ Bern und machte die Gendertheorie von Pierre Bourdieu zum Thema. Anscheinend sind Wolkenkratzer Penissymbole, und der Grund dafür, immer höher zu bauen, liegt in der Manie der Männer, einen grösseren Penis haben zu wollen.

Text: Ben, Bilder: Dänu

Die Frauen in der kubanischen Wirtschaft in Zahlen (2013)

47.3%	der Beschäftigten
56%	der technischen Fachkräfte
70.5%	Erziehungswesen
69%	Gesundheitswesen
60%	Ärztinnen
63%	Studentinnen
47%	Universitätsabgängerinnen
48.6%	Parlamentarier
40%	Führungskräfte

Schweiz bleibt Abzockern treu

Am 24. November wurde die 1:12-Initiative für feste Lohnspannen abgelehnt. Obwohl die Initiative bisweilen 55 Prozent Zustimmung erreichte, fiel sie letztlich auf wenig mehr als ein Drittel der Stimmen zurück. Ein Blick auf die letzten neun Monate erklärt, warum.

Mit dem Abstimmungsergebnis vom 24. November ist ein Traum vorbei, der sich gut neun Monate halten konnte. Bis zum vergangenen Sonntag gab es eine Hoffnung auf feste Lohnspannen und damit Maximallöhne. «1:12» hiess die Zauberformel: Der höchste Lohn in einem Unternehmen sollte nur noch das Zwölffache des tiefsten Lohns betragen dürfen. Das hätte eine Lohnbegrenzung auf etwa 480‘000 Franken bedeutet. Diese «Einschränkung» hätte etwa 4'000 Managerinnen und CEOs von Grosskonzernen betroffen.

Während Monaten schien eine Annahme von 1:12 möglich, sehr gute Umfragewerte weckten Hoffnungen auf einen «Kurswechsel in der Schweiz». Auch international wurde das Projekt der JungsozialistInnen (Juso) wahrgenommen. In Grossbritannien interviewte das BBC den Vorsitzenden der Juso, für Deutschland übernahm der Spiegel die Berichterstattung, sogar in Mexiko gab es Solidaritätsbekundungen. Und doch wurde 1:12 gebodigt. 65.3 Prozent der Wählerinnen und Wähler lehnten die Lohnbegrenzungen ab. Was war passiert?

Die Schwäche der Anderen

Im März 2013 kommt es zu einer kleinen Sensation. Die «Abzocker-Initiative» wird mit 68 Prozent der Stimmen angenommen. Sie fordert die Stärkung der Rechte von Aktionären gegenüber Managern, die als Abzocker dargestellt werden. Ein Sieg für die Arbeiterschaft ist das nicht, eher ein «Kampf von Kapital gegen Kapital», wie die linke Zeitung «vorwärts» klugerweise anmerkt.[1] Dennoch ist die Annahme der Abzocker-Initiative von entscheidender Bedeutung. Der Unternehmerverband «Economiesuisse» hat die Kampagne gegen die Initiative geführt – mit einem Budget von über 8 Millionen Franken. Nun gilt er als Synonym für die Gier von Managern und Managerinnen. Es dauert Monate, bis sich der Verband wieder sammelt; seine Führung muss abtreten.

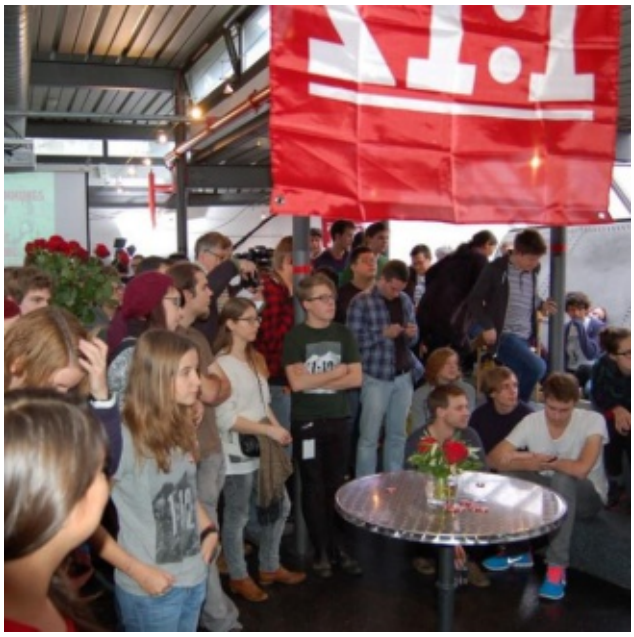
1 vorwärts. Die sozialistische Zeitung. Nr. 44.

Kreativer Kampf

In dieser Zeit gewinnt die 1:12-Initiative an Zustimmung. Im Zuge der Abzocker-Initiative ziehen CEOs wie Daniel Vasella die Wut der Arbeiterschaft auf sich. Der ehemalige Chef des Pharmariesen Novartis musste unter öffentlichem Druck auf eine Abfindung von 72 Millionen Franken (!) verzichten, wurde dann aber mit «Beraterverträgen» gütlich gehalten.
Vor dem März gab nicht einmal die Juso dem Projekt eine Chance. Nun aber schnellen die Umfrageergebnisse in die Höhe. Im Mai erreicht 1:12 eine Zustimmung von 55 Prozent. Bis etwa zum September wirkt das schweizerische Kapital unorganisiert. Immer wieder dringen auch interne Streitereien nach aussen. Die Umfrageergebnisse spiegeln das: Noch Mitte Oktober hat 1:12 eine Zustimmung von 44 Prozent. Sie liegt mit ihren Gegnern gleichauf.
Zu dieser hohen Zustimmung trägt ein kreativer Abstimmungskampf von Juso und Gewerkschaftsbund bei. So werden an die Fassade der Grossbank UBS die Löhne der Bankmanager per Beamer projiziert; mit 27'000 Fahnen wird von Wohnungen aus für die 1:12-Initiative geworben. Die Initiative wird zum Kampf gegen Abzockerei und Gier stilisiert, die Exzesse der Finanz- und Wirtschaftselite werden zum Dauerthema. Weit über die Grenzen der Juso hinaus engagieren sich Menschen für «mehr Gerechtigkeit». Auf der Strasse oder in den Betrieben kommt es jedoch zu keiner Veränderung der Kräfteverhältnisse – 1:12 bringt eine Bewegung für und im festen Glauben an die Wahlurne hervor.

Späte Rückschläge

Erst im September verschlechtern sich die Chancen von 1:12. Hier spielt der Bundesrat eine wichtige Rolle: Er verschafft den Monopolbetrieben und ihren Verbänden eine Atempause. Die Abstimmung über die 1:12-Initiative wird vom September auf Ende November verschoben.
In den zwei zusätzlichen Monaten verstärken die Unternehmer und Unternehmerinnen ihren Kampf gegen 1:12. Die Reihen werden geschlossen, «kleine und mittlere Unternehmen» werden zunehmend in Position gegen die Initiative gebracht, dem Gewerbeverband wird die Kampagnenführung gegen die Initiative übergeben.
Hauptargument der Bonzen werden nun ausgerechnet Steuerausfälle. Eine im September veröffentlichte Studie der unternehmerfreundlichen Hochschule St. Gallen spricht von 4 Milliarden, die für Sozialleistungen verloren gingen, sollten Lohnobergrenzen eingeführt werden. Mit einem Millionenbudget werden Plakat- und Inseratplätze von den 1:12-Gegnern dominiert. So dreht sich der öffentliche Diskurs fast ausschliesslich um jene «Bedrohung für die Sozialsysteme» und das «staatliche Lohndiktat», welches «das Erfolgsmodell Schweiz» bedrohe.
Im letzten Monat vor der Abstimmung machen die Initiativgegner noch einmal mobil. Die Monopolbetriebe Nestlé und Novartis schreiben ihren zehntausenden Arbeitenden Briefe, um vor 1:12 zu warnen, während in Zeitungskolumnen regelmässig gegen die Initiative angeschrieben wird.



Mit Spannung werden bei den Jusos die Abstimmungsresultate erwartet. Die Entäuschung folgt bald darauf.

Mindestlöhne ebenfalls gefährdet

All das verfehlt seine Wirkung nicht. Am 24. November ist der abstimmende Teil der Schweizer Bevölkerung entsprechend konditioniert. Während sich in den Monaten der teilweisen Desorganisation der Unternehmer und Unternehmerinnen eine Stimmung entwickeln konnte, in der feste Lohnspannen durchsetzbar erschienen, bekommt die Initiative nun wenig mehr als ein Drittel der Stimmen. In keinem einzigen der 26 Kantone kommt eine Mehrheit für das linke Projekt zustande. Diese Ablehnung von Maximallöhnen weist über sich hinaus. Sie wird von den Unternehmern als Absage auch an Lohnuntergrenzen umgedeutet. Diese stehen im kommenden Frühling an, wenn über die «Mindestlohn-Initiative» abgestimmt wird.

Bilder & Text: Yoyo

Foto: Christiaan Triebert. Azaz (Syrien), 21.08.2012.

Hände weg von Syrien!

Momentan wird Syrien nach Chemiewaffen durchsucht, die dann vernichtet werden sollen. Das war mitunter die wichtigste Bedingung dafür, dass es bisher (noch) keine offene Intervention gab. Trotzdem geht der Krieg unvermindert blutig weiter.

Seit nun schon mehr als zwei Jahren müssen wir tagtäglich neue Unwahrheiten über Syrien und den blutigen Krieg, der in diesem Land tobt, lesen. Sei es im «Blick am Abend» oder in der «NZZ».
Dass wie in Ägypten die Demonstrationen in Syrien friedlich begonnen hätten, ist so nicht richtig. Schon seit dem ersten Tag der Auseinandersetzungen zwischen der Freien Syrischen Armee (ein Bündel aus Terroristen und vom Westen und saudischen Ölscheichs gesponserten Gotteskriegern) und der syrischen Regierung unter Baschar al-Assad wurden syrische Polizisten und Polizistinnen beschossen, Gebäude der Baath-Partei angegriffen, Krankenhäuser zerbombt und zahllose Syrierinnen und Syrier getötet.

Der Vorwand

Die USA und ihre saudischen Freunde reden von «humanitären Interventionen» und dem Recht auf Demokratie. Es verwundert kaum, dass die USA das Völkerrecht mit Füssen treten (nicht zum ersten Mal: wir erinnern uns an die beiden Golfkriege, Afghanistan, Libyen und viele Andere). Es ist auch keine Überraschung, dass die USA, die die Menschenrechtskonventionen nicht unterschrieben haben, sich einen Dreck um eben diese scheren, wenn es darum geht, ihre profitorientierten, imperialistischen Interessen mit Bomben durchzusetzen.
Das Bild, das die westlichen Medien von der Situation in Syrien machen, sieht folgendermassen aus: «Friedliche» Demonstrantinnen und Demonstranten würden mehr Demokratie fordern. Ein böser Diktator geht erbarmungslos gegen sie vor und hat mittlerweile unzählige Menschenleben auf dem Gewissen. Jeder vernünftig denkende Mensch muss deshalb den Sturz der Regierung Syriens herbeisehnen. Die USA und ihre Verbündeten würden dadurch eine Legitimation besitzen, die Rebellen mit Geld und Waffen zu unterstützen, selbst wenn es zu einer Verlängerung des Blutvergiessens beiträgt.
Doch Demokratie und Menschenrechte sind für die USA und ihre Verbündeten nur ein Vorwand, um ihre Interessen durchzusetzen. Und diese Interessen bestehen einzig aus Profit und Machtgier. Es kam (bisher) zu keiner Intervention, der Krieg findet «heimlich» statt.

Die Folgen

Überall, wo die von den USA gestützten Terroristen in Syrien an die Macht kamen, sind frauenfeindliche Gesetze erlassen worden, Kurdinnen, Alewiten und andere unschuldige Zivilisten wurden ermordet. Die

Ein Kämpfer der Freien Syrischen Armee, den Falken-der-Levante-Brigade zugehörig, vor einem zerstörten Haus. Foto: David Axe. Ariha (Syrien), 07.10.2013.

al-Nusra-Miliz (eine besonders skrupellose Truppe. Unter anderem bekannt dafür, Kriegsgefangene zu erschiessen) versucht gar, einen Schariastaat in Syrien zu errichten. Und dies ist nur eine der vielen US-gestützten Terrorgruppen.

Der Krieg in Syrien mag weit entfernt sein, jedoch darf uns das Abschlachten unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten nicht egal sein. Schon gar nicht wenn die selbsternannte Weltpolizei Amerika versucht, den gesamten Nahen Osten zu destabilisieren. Eine Intervention in Syrien würde sehr wahrscheinlich zu einem Eingreifen des Iran führen und wäre ein unabschätzbares Risiko für die Weltsicherheit.

Die Lösung

Wir als junge Kommunistinnen und Kommunisten setzen uns für den Frieden ein. Die feigen Anschläge gegen die syrische Regierung werden unter anderem auch mit schweizerischem Geld finanziert. Ausserdem liefert die RUAG Handgranaten und andere militärische Güter an die US-gestützten Terroristen.

Kein Staat dieser Welt darf sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einmischen. So steht es im Völkerrecht. Wir von der Kommunistischen Jugend fordern, dass das Selbstbestimmungsrecht Syriens strikt respektiert wird und betrachten jede Einmischung von aussen als imperialistische Aggression, die es auf's Schärfste mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen gilt. Setzen wir dem etwas entgegen. Wir sind gegen Raubkrieg und sinnlose Gewalt, die nur dazu dient die Herrschafft des Kapitalismus zu sichern!

Ben

Syrische Flüchtlingskinder spielen im Schlamm zwischen den Zelten eines überfluteten Lagers in Jordanien. Im Winter sind die Flüchtlinge schutzlos dem Regen und Schnee ausgesetzt; es drohen, Krankheiten auszubrechen. Foto: Karl Schembri, Oxfam. Amman (Jordanien), 18.11.2013.

Foto: UNHCR, 12.09.2013.

Frankreich auf Beutetour

Frankreich hat bereits in Mali gezeigt, wie es seine Interessen durchsetzt: falls nötig mit Gewalt. Momentan hat die Zentralafrikanische Republik (ZAR) darunter zu leiden.

Am 5. Dezember 2013 hat der sozialdemokratische Präsident Frankreichs François Hollande 1'600 Soldaten nach Bangui, der Hauptstadt der ZAR entsendet im Rahmen der sogenannten «Opération Sangaris». Und wieder ist von der Notwendigkeit einer «humanitären Friedensintervention» die Rede. Das Ziel wäre gewesen, den Präsidenten Michel Djotodia, Führer der ehemaligen Rebellenallianz Seleka, unblutig abzusetzen. Doch wie das mit kriegerischen Auseinandersetzungen so ist, verläuft oft alles anders als geplant. Frankreichs Soldaten haben zahlreiche Seleka-Kämpfer entwaffnet, dabei jedoch vergessen, die brutal vorgehenden Milizen der Opposition in die Schranken zu weisen. So ist die Regierung Djotodias jetzt zwar geschwächt, der Konflikt dauert aber nach wie vor an. Demnächst werden weitere afrikanische «Friedenssoldaten» nach Bangui geschickt.

Mit Putsch an die Macht

Die internationalen Aggressoren müssen nun eine unangenehme Wahl treffen: Entweder ist Djotodia der legitime Präsident und dann hilft man ihm, das Gewaltmonopol zu gewinnen. Oder er ist es nicht, und dann setzt man eine Alternative ein. Blutige Repression oder neokolonialer Umsturz – vor diese finstere Entscheidung hat sich Hollande durch seine undurchdachte Interventionspolitik in Zentralafrika gestellt.

Doch wie ist es soweit gekommen?

Ende März 2013 putschte sich die Seleka gewaltsam an die Macht. Die Regierung brach zusammen und Michel Djotodia, der Anführer der Seleka, ernannte sich zum Präsidenten. Viele Kämpfer der Seleka haben bereits diverse Verbrechen verübt; Plünderungen, Überfälle und Vergewaltigungen. Diese brutalen Seleka-Kämpfer rekrutierten ihre Soldaten hauptsächlich aus dem muslimischen Teil der Bevölkerung, die an der Grenze zum Tschad und zum Sudan ihre Heimat haben.

Es ist eine Region in der seit 1960 immer wieder brutale Konflikte stattfinden. Ein Beispiel: Alle sechs Präsidenten, die in der Zentralafrikanische Republik regiert haben, jeder einzelne von ihnen ist durch einen Putsch an die Macht gekommen. Und die ehemalige Kolonialmacht Frankreich hatte stets ihre Finger im Spiel.

Es gibt Bodenschätze zu holen

Es geht auch momentan um die Sicherung von Rohstoffen. In diesem Teil Afrikas gibt es nämlich jede Menge zu holen: In der Bergbauindustrie der ZAR überwiegt die Diamantgewinnung; es werden auch kleinere Mengen an Gold produziert. Uran, Kupfer, Magnesium und Eisenerz stellen weitere wichtige Rohstoffressourcen dar; ein Grossteil davon wurde bislang noch nicht einmal angetastet.

Die zentralafrikanische Ökonomie wird von Frankreich kontrolliert. Die Firma Bolloré hat die Logistik und Flusstransporte fest in der Hand, Castel beherrscht den Getränke- und Zuckermarkt, CFAO hat das Monopol auf den Automarkt. Seit 2007 ist auch die Télécom in der Region «aktiv». Und nicht zu vergessen der französische Atomgigant AREVA oder Total, das die Kontrolle über das Benzinbusiness besitzt.

Auch China mischt in diesem Geschäft kräftig mit. 2008 hat China der ZAR einen Kredit von 4.4 Mrd. Euro gegeben, womit Schulen und Krankenhäuser in dieser armen Region gebaut werden konnten. 2009 erlaubte Bozizé (der mit Frankreichs Hilfe an die Macht kam) der chinesischen Ölgesellschaft

Quellen: http://christinebuchholz.de/2013/12/19/zentralafrikanische-republik-nein-zur-militaerintervention/
http://www.taz.de/Kommentar-Zentralafrikanische-Republik/!130081/

CNPC, nach Erdöl in Boromata im Nordosten des Landes zu bohren. Bozizé hat mit China gemeinsame Sache gemacht, was den Zorn des Westens heraufbeschworen hat.

Ausser Kontrolle

Im November 2013 begannen die Medien auf Hochtouren zu laufen: «400'000 Flüchtlinge» oder «das Land ist am Rande eines Völkermords». Und dann ging es Schlag auf Schlag.

Der UN-Sicherheitsrat erlaubte Anfang Dezember den französischen Truppen sowie der Afrikanischen Union mit 2'500 Soldaten einzugreifen. Die Franzosen allerdings waren schon ein paar Tage vorher dort. Wir erinnern uns, dass Bozizé durch die Seleka – eine Koalition, die unter anderem auch islamistische Banden aus dem Tschad und dem Sudan einschliesst – gestürzt wurde und Djotodia an die Macht kam. Nach seinem Machtantritt wollte er «seine» Seleka-Söldner auflösen, diese wähnten sich aber nicht genügend bezahlt. Sie rächten sich am Volk. Sie plünderten, mordeten und vergewaltigten. Wir sehen, die französische Regierung ist mitverantwortlich für diese Situation, die sie nun mit einer Intervention bereinigen will. Eine Intervention ist nicht gerechtfertigt. Ein weiteres Eingreifen von aussen wird die aktuelle Lage nicht verbessern, dafür langfristig das Elend und die verschiedenen Konflikte des Landes weiter verschärfen.

Humanitäre Hilfe und zivile Massnahmen sollten der erste Schritt hin zu einer friedlichen Lösung des Konflikts sein. Nur ein Dialog zwischen den Konfliktparteien kann im Moment die Situation beruhigen und die Lage der Bevölkerung verbessern.

Ben

Burundische Soldaten besteigen ein US-Militärflugzeug. Die USA sind im Hintergrund an der Intervention beteiligt: sie leisten dem französischen Militär und der Afrikanischen Union mit Lufttransporten und Lebensmittelversorgung Unterstützung. Foto: US Army Africa. Burundi, 17.12.2013.

Arbeitskämpfe und Gewerkschaften

Alle sieben bis zehn Jahre bricht eine Krise über die kapitalistische Wirtschaft herein. Massenhaft Arbeitende werden arbeitslos. Tonnen von Waren werden zerstört durch die Firmenbesitzer, um einem Preissturz entgegenzuwirken und die Lage zu stabilisieren. Doch es gelingt nicht, trotzdem gehen tausende Betriebe zugrunde.

Nur das Ende der Anarchie in der Produktion, der Konkurrenz und der Privatbesitz an Unternehmen können dies ändern. Durch den Privatbesitz werden die Arbeitenden ausgebeutet. Daran können auch die Gewerkschaften nichts ändern. Aber durch sie können sich die Arbeitenden bessere Arbeitsbedingungen, Löhne und kürzere Arbeitszeiten erkämpfen. Die Gewerkschaft kämpft gegen Symptome, nicht gegen die Ursache.
Die Ursache liegt in der kapitalistischen Wirtschaft. Der Markt legt alles fest. So auch das Einkommen der Lohnabhängigen.

Streik, ja oder nein?

Sind also Streiks und Arbeiterorganisationen überflüssig oder gar zu bekämpfen?
«Ja!» war die vorherrschende Meinung unter Sozialistinnen und Sozialisten zu Beginn der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert. Marx und Engels hingegen sahen in Arbeitskämpfen keinen Irrtum. Viele Sozialisten sahen damals in Arbeitskämpfen eine Ablenkung der Arbeiterinnen von ihrem revolutionären Kampf. Der Anarchist Proudhon jubelte gar, als streikende Arbeiter in Frankreich niedergeschossen wurden.[1]
Marx entgegnete ihnen: «Sobald daher die Arbeiter hinter das Geheimnis kommen, wie es angeht, dass im selben Mass, wie sie mehr arbeiten, mehr fremden Reichtum produzieren und die Produktivkraft [= Technik, Produktivität und Arbeitsleistung] ihrer Arbeit wächst, sogar ihre Funktion als Verwertungsmittel des Kapitals immer prekärer für sie wird; sobald sie entdecken, dass der Intensitätsgrad der Konkurrenz unter ihnen selbst ganz und gar von dem Druck der relativen Überbevölkerung [= Zahl der Arbeitslosen] abhängt; sobald sie daher durch Gewerkschaften usw. eine planmässige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren suchen, um die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen, zetert das Kapital und sein Speichellecker, der Volkswirt [...] .»[2]

Gemeinsam ist man stark

Im 19. Jahrhundert entwickelten sich die ersten Gewerkschaften. In den Betrieben schlossen sich die Arbeitenden zusammen, um gegen Entlassungen und Lohnkürzungen zu kämpfen oder um eine geringe Erhöhung ihres mickrigen Lohns zu erreichen.
Zuerst noch als lokale und spontane Vereinigungen, um ihre Interessen gegen die Fabrikbesitzer zu verteidigen. Nach und nach in immer grösseren Arbeiterorganisationen und -komitees, wie auch die Arbeitenden in immer grösseren Anzahl zusammenarbeiteten. Diese Zusammenführung stärkte sie im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und der Isolierung jedes Einzelnen durch die Konkurrenz. Denn der gesellschaftlichen und finanziellen Macht der Unternehmer haben die Arbeiterinnen und Arbeiter alleine nichts entgegenzusetzen. Nur gemeinsam, nur in der Masse haben sie ihre Stärke. Durch immer grössere Zusammenschlüsse und Vereinigungen der Arbeitenden konnten Streiks länger durchgehalten werden und besser gegen Angriffe der Bosse, zum Beispiel durch ein Heer von Streikbrechern, verteidigt werden.
Sie begannen sich als Klasse zu organisieren. Sie sind insbesondere eine Klasse, durch ihre Beziehung zu den Unternehmenseigentümern. Denn im Gegensatz zu diesen besitzen sie keine Produktionsmittel, um selbständig zu arbeiten und zu verkaufen. Sie sind dazu gezwungen bei den Besitzenden der Unternehmen Lohnarbeit anzunehmen. Ganz im Gegensatz zur Klasse der Unternehmenseigentümer: dieser entscheidet was, wie und wo produziert wird und raubt sich dann noch denn Grossteil des Reichtums den die Arbeiter und Arbeiterinnen geschaffen haben. Die Arbeitenden stellten in den Arbeitskämpfen fest, dass die Bedingungen in allen Betrieben ähnlich sind. Genau so wie die Probleme. Die Arbeitenden und ihre Bedürfnisse stehen überall im Gegensatz zu den Betriebsbesitzern. (Fortsetzung auf Seite 16)

1 Friedrich Engels: *Engels an August Bebel*. MEW Bd. 34, S. 161-2.
2 Karl Marx: *Kapital, Band I*. MEW Bd. 23, S. 669.

Die Statue vor dem Volkshaus, in dem mehrere Gewerkschaften wie die Unia ihren Sitz haben, erinnert an die Züricher Blutnacht von 1932. Damals streikten die Heizungsmonteure gegen den Willen der Gewerkschaftsführung. Eine breite Solidaritätsbewegung begleitete den Arbeitskampf. Die Polizei unter sozialdemokratischer Führung zerschlug die Kundgebung der Streikenden. Ein Arbeiter wurde erschossen und Duzende verletzt. Dieses Ereignis ging als Zürcher Blutnacht in die Geschichte ein.
Foto: Harald. Zürich, 2013.

Werkzeug der Arbeitenden

Es ist egal, ob das Unternehmen Glencore, Migros, ABB oder Nestlé heisst. Die Löhne sind beschissen, die Arbeit stressig. Gleichzeitig sind die Unternehmen gezwungen ständig zu wachsen, den Gewinn zu steigern, um nicht von der Konkurrenz verdrängt zu werden. Die Konzerne schlagen ihren Profit generell aus der Arbeit der Angestellten.

Deshalb ist der Kampf in den Gewerkschaften um so wichtiger, denn diese sind das einzige Werkzeug der Arbeitenden gegen die Willkür der Unternehmer. Sie verteidigen und vertreten die Interessen der Arbeitenden gegenüber den Unternehmen. Sie verhandeln über die Gesamtarbeitsverträge und kämpfen für höhere Löhne, also weniger Mehrwert bzw. Ausbeutung. Doch dies wird den Arbeitenden nicht geschenkt, es kann nur erzwungen werden.

Harald

Generalsteik in Sevilla, Spanien 2012. Die kommunistische CCOO und die sozialdemokratische UGT organisierten zusammen den Kampf gegen die Sparpolitik der Regierung. Foto: Lig Ynnek, 14.11.2012.

Foto: Ivan Bandura. 08.12.2013.

Erpressung durch die EU

Die EU ist eine Institution für die Grossbetriebe und Oligarchen. Schon vor dem EU-Beitritt der Ukraine gibt sie teilweise ihre Souveränität ab. Man drängt auf das Übernehmen von EU-Gesetzen und strafrechtlicher Milde gegenüber den Reichen und Privilegierten. Eine Annäherung wird nicht folgenlos sein: Sparprogramme winken.

Eine widerspenstige Regierung

Die EU versucht, die Freilassung der Oligarchin und Wirtschaftskriminellen Julija Tymoschenko zu erpressen.

Sie wurde verurteilt wegen Amtsmissbrauchs und Veruntreuung von Staatsgeldern während ihrer Amtszeit als ukrainische Ministerin. Sie hat Schulden des Gaskonzerns EESU, der damals ihr gehörte, auf den ukrainischen Staat abgewälzt. Deshalb wurde sie zu Schadenersatz von 137 Millionen Euro verurteilt.

Die EU setzt ein Freihandelsabkommen mit der Ukraine aus, wie auch die Unterzeichnung des bereits ausgehandelten Assoziierungsabkommens. Das Abkommen beinhaltet wirtschaftliche Abmachungen, darunter die Errichtung einer Freihandelszone und eine Kooperation in der Justiz und der Aussenpolitik.

Der deutsche ehemalige Aussenminister Guido Westerwelle sagte, die EU sei bereit, das Abkommen zu unterzeichnen: «Aber das setzt voraus, dass auch die letzten Arbeiten erledigt werden müssen, die Reformen erledigt werden müssen, insbesondere wenn es um Demokratie und um Rechtsstaatlichkeit geht und die Überwindung der selektiven Justiz.»[1]

Die letzten Arbeiten an der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie würden in diesem Fall so aussehen: Eine EU-verträgliche Demokratie. Das bedeutet, Gerichtsurteile an die von der EU vorgegebenen Linie anzupassen, eine korrupte Unternehmerin freizulassen, die Verurteilung aufzuheben!

Sparprogramme und Strukturreformen

Die ukrainische Opposition um Tymoschenko und neuerdings Vitali Klitschko ist der EU treu ergeben. Es interessiert sie kaum, dass der Ukraine durch einen EU-Beitritt Sparprogramme drohen würden, wie sie bereits den schwächeren EU-Staaten, beispielsweise Portugal, Griechenland oder Spanien, aufgezwungen wurden.

Solche Sparprogramme nützen nur den Grosskonzernen. Diese profitieren: Sie sparen Steuern, kürzen die Gehälter und entlassen tausende Arbeitende. Gleichzeitig kaufen sie dann die privatisierten Staatsbetriebe zu einem Spottpreis auf. Nun fliessen die Profite dieser Betriebe nicht mehr in die Kasse des Staates, sondern in die Taschen der Konzernbesitzer und -besitzerinnen.

Strukturreformen nennen sie es: Tatsächlich bedeuten diese die Verlängerung der Arbeitszeit, Streichung von Feiertagen und Verschlechterungen beim Kündigungsschutz.

Sie bedeuten, weniger Geld für die Bildung, den öffentlichen Verkehr, das Gesundheitswesen sowie tiefere Renten im Alter.

Sie bedeuten, gleichzeitig überall höhere Kosten und schlechtere Versorgung für die Arbeitenden.

Die EU macht keine Politik für die Arbeitenden, sie nützt nur den Grosskonzernen und Oligarchinnen.

Harald

1 Zitiert nach: http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-10/eu-ukraine-timoschenko-freilassung

Gründung der INITIATIVE kommunistischer Parteien

Am 1. Oktober fand in Brüssel die Gründung der INITIATIVE kommunistischer und Arbeiterparteien zur Erforschung und Ausarbeitung europäischer Themen und zur Koordinierung ihrer Aktivitäten statt.

Dazu eingeladen hat die Kommunistische Partei Griechenlands. Dreissig europäische Parteien nahmen an der Gründung teil.
Bei ihrem Gründungskongress veröffentliche die INITATIVE eine Erklärung und die Teilnehmenden wählten ein Sekretariat, um die Aufgaben zu koordinieren und die ersten Themen auszuwählen.
Das Ziel des Sekretariats ist die Festlegung gemeinsamer Positionen zu europäischen Themen, wie beispielsweise der Ablehnung imperialistischer Raubkriege.
Dieses Sekretariat besteht aus Vertretern und Vertreterinnen folgender Parteien: KP Griechenlands, Arbeiterpartei Irlands, Kommunisten Volkslinke – KP Italiens, Sozialistische Partei Lettlands, KP Schwedens, KP der Slowakei, KP der Völker Spaniens, KP der Türkei, Ungarische Arbeiterpartei.

Gründungserklärung

Die INITIATIVE legten auf der Konferenz ihre Grundlagen und ihre Ziele fest:
«Wir stützen uns auf die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus. Uns vereint die Vision einer Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, ohne Armut, soziale Ungerechtigkeit und imperialistische Kriege.
Wir betrachten die EU als eine Option des Kapitals. Die EU ergreift und fördert Massnahmen zu Gunsten der Monopole, der Zentralisation und Konzentration des Kapitals, verstärkt ihre Merkmale als ein imperialistischer ökonomischer, politischer und militärischer Block gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der Volksschichten, sie intensiviert die Rüstungsprozesse, die autoritären Massnahmen, die staatliche Repression, und schränkt Souveränitätsrechte ein.
Wir sehen die Europäische Union als das europäische imperialistische Zentrum, das Angriffspläne gegen die Völker zusammen mit den USA und der NATO mitträgt. Der Militarismus ist ihr Baustoff.
Wir sind der Auffassung, dass es einen anderen Entwicklungsweg für die Völker gibt. Durch die Kämpfe der arbeitenden Menschen kommt die Perspektive eines anderen Europas zum Vorschein, eines Europas des Wohlstands der Völker, des gesellschaftlichen Fortschritts, der demokratischen Rechte, der gleichberechtigten Zusammenarbeit, des Friedens, des Sozialismus.
Wir bauen auf das Recht jedes Volkes, souverän seinen Entwicklungsweg zu wählen, einschliesslich des Rechtes auf Loslösung von den vielschichtigen Abhängigkeiten von EU und NATO, sowie des Rechtes auf einen sozialistischen Entwicklungsweg.
Wir sind keine Vollmitglieder der sogenannten "europäischen Parteien" darunter der "Partei der Europäischen Linken".»

www.initiative-cwpe.org

Bild: INITIATIVE, 2013.

Eindrücke von den Weltfestspielen

Vom 7. bis 13. Dezember fanden in Quito (Ecuador) die Weltfestspiele der Jugend und Studierenden statt. Ganz nach dem Motto: Jugend vereint gegen Imperialismus – für eine Welt des Friedens, der Solidarität und des sozialen Fortschritts! Über 10'000 mehrheitlich junge Leute aus 83 Ländern feierten gemeinsam den antiimperialistischen Widerstand. Die KJ war dabei.

Die Aufregung ist gross unter den Jugendlichen aus aller Welt. Mit Spannung wird die Eröffnungsfeier erwartet.

Zwischen den Eröffnungsreden wird die ecuadorianische Nationalhymne gespielt. Die Redner und Rednerinnen auf der Tribüne lauschen bedächtig ihren Klängen. In der Mitte steht übrigens der ecuadorianische Präsident Rafael Correa.

Beim Umzug trägt die Delegation aus Vietnam stolz die Portraits von Ho Chi Minh, dem Begründer des sozialistischen Vietnams.

Gelebter Internationalismus: Die schwedische Revolutionäre Kommunistische Jugend (RKU) posieren zusammen mit der Kommunistischen Jugend Peru (JCP).

Farbenfrohe Graffiti an einer Mauer in Quito macht Werbung für die Weltfestspiele...

... und für die Kommunistische Jugend Ecuador (JCE).

Bilder & Text: Dänu

Ein Spiel um Jobs

Das Praktikum als eine lustige Reihe von «Challenges»? Im wirklichen Leben sind Praktikantinnen und Praktikanten billige Arbeitskräfte. Eine Filmkritik zu «Prakti.com».

Der Film «Prakti.com», der letztes Jahr im Kino lief, dreht sich um Billy (Vince Vaughn) und Nick (Owen Wilson), welche anfangs Uhren verkaufen. Eines Tages wird ihnen eröffnet, dass das Geschäft Konkurs geht und ihnen somit gekündigt wird. Nick bekommt durch Beziehungen einen mässig guten Job in einem Matratzengeschäft, doch Billy kann ihn schliesslich von seiner Idee überzeugen, ein unbezahltes Praktikum bei Google anzufangen. Sie bekommen nach dem Vorstellungsgespräch tatsächlich ein Praktikum und damit die Chance auf einen späteren Job. Die ist allerdings nicht sonderlich hoch. Denn es gibt nur 1'500 freie Stellen für 40'000 Bewerber und Bewerberinnen, die nun in kleinen Teams in verschiedenen «Challenges» um die Jobs kämpfen. Nachdem Billy und Nick ihrem Team zugeteilt wurden, gibt es anfängliche Schwierigkeiten. Unter Anderem deshalb, weil die jüngeren Teammitglieder viel mehr von Technik verstehen als sie. Durch das Einbringen von Motivation und Teamgeist gelingt es Billy und Nick jedoch das Team zu Höchstleistungen anzutreiben. Vor dem unvermeidbaren Happy End gibt es allerdings erst noch einen Rückschlag, der Billy aus der Bahn wirft. Kurzerhand splittet er sich aufgrund von Selbstzweifeln von der Gruppe ab. Sein Team holt ihn zurück, er sorgt noch ganz kurz vor der Auswertung der Challengeergebnisse für den entscheidenden Punkt und bringt ihnen damit gerade noch rechtzeitig den Sieg. Mit dem Sieg bekommen sie auch die erhofften Jobs.

Das wahre Leben

Filme über Menschen, die einen Traum haben und nicht gerade die besten Voraussetzungen, um diesen zu erreichen, es nach einigen mehr oder weniger harten Rückschlägen doch schaffen, gibt es zur Genüge. Trotzdem schaut man sich solche Filme immer wieder gerne an. Vor allem wenn sie lustig, ein bisschen romantisch und auch leicht dramatisch sind. «Prakti.com» hat ein bisschen was von allem und erfüllt damit die Erwartungen.

So schön Filme auch sein mögen, muss man sich bewusst sein, dass die Realität meist anders aussieht und selten mit einem Happy End endet. Wir erinnern uns, in diesem Film bekam nur ein winziger Bruchteil von den 40'000 auch einen Job. Im echten Leben wird man von den meisten Praktikantinnen und Praktikanten keine Erfolgsstory erzählt bekommen. Das Problem ist, dass Praktika rechtlich nur schlecht geregelt sind. Den Chefinnen und Bossen wird ein zu grosser Spielraum gegeben. Zwar können wirklich Firmen vorkommen, die sich Mühe geben, den Praktikanten und Praktikantinnen Wissen und praktische Erfahrungen zu vermitteln. In den allermeisten Betrieben wird man aber nicht mal den Ansatz einer solchen Bemühung erkennen. Es gibt viele Betriebe, für die bedeutet eine Praktikantin nur eine preiswerte oder kostenlose Arbeitskraft mehr. Es kommt vor, dass Praktikanten im Unternehmen nicht mehr lernen als die Bedienung der Kaffeemaschine und des Kopierers oder sie machen mit dem Putzlappen und den dreckigsten Ecken des Gebäudes Bekanntschaft. Das sind leider keine ausgedachten Ereignisse; nicht nur durch die Erzählungen von Verwandten und Bekannten kann man so etwas erfahren, auch nach kurzer Suche im Internet findet man zahlreiche Erfahrungsberichte von Praktikanten, die sich eigentlich eine ganz andere Art von Erfahrung vorgestellt hatten. Viele dieser Berichte schildern unglaubliche Zustände unter denen, die das Praktikum absolvieren mussten, dass einem die Lust auf ein solches vergeht. Besser man schaut sich den Betrieb, in dem man ein Praktikum machen möchte, vorher genau an und schaut nach, ob bereits Erfahrungsberichte über diesen Betrieb vorhanden sind. Wenn ihr mit der Stelle schon begonnen habt und schlecht behandelt werdet, dann schreibt am besten auch Texte und stellt sie ins Internet, um die anderen zu warnen. Hoffentlich hat euch dieser Text nicht die Lust auf ein Praktikum verdorben. Sollte dies so sein, schaut euch den Film «Prakti.com» an, und ihr seid im Nu wieder voller neuer Motivation.

Lizzy

KJ fordert!

Den Praktikantinnen und Praktikanten muss gesetzlich ein Mindestlohn von 4'000 Franken im Monat garantiert werden.

Im Praktikum müssen den Auszubildenden fachliche Qualifikationen vermittelt und angemessene Aufgaben übertragen werden.

Missbräuche und Ausbeutung durch die Chefs müssen strafrechtlich verfolgt werden.

Ein Büro vom Internetgiganten Google steht auf dem Hürlimann-Areal in Zürich. Kämpfen hier auch Horden von Praktikantinnen und Praktikanten um einen Job? Foto: Taki. Zürich, 2014.

Werbung fürs Grosskapital.
Leider nicht bezahlt.

Du hast noch nicht genug von der Kommunistischen Jugend?

Es gibt uns auch auf Facebook:

www.facebook.com/KommunistischeJugendZurich

Für den Frieden der Welt

Für den Frieden der Welt steht die Menschheit auf Wacht,
Denn die Brandstätten warnen und mahnen.
O, du Atem der Heimat, entfalte die Macht
Deiner friedlich flammenden Fahnen

Herrschaft des Volkes begann.
Pflüger die Erde bestellt!
Wer dieses Leben lieb gewann,
Kämpft für den Frieden der Welt.

He, du Kriegshetzer, mal kein Gespenst an die Wand!
Du verbrennst in den eigenen Bränden.
Nimmt das einfache Volk sein Geschick in die Hand,
Liegt die Erde in guten festen Händen.

Herrschaft des Volkes begann.
Pflüger die Erde bestellt!
Wer dieses Leben lieb gewann,
Kämpft für den Frieden der Welt

Siegt das Brot und der Wein über Pulver und Blei,
Schmilzt Metall in gebändigten Flammen,
Strömt der Wohlstand der Völker beruhigt und frei
In dem Reichtum der Menschheit zusammen.

Herrschaft des Volkes begann.
Pflüger die Erde bestellt!
Wer dieses Leben lieb gewann,
Kämpft für das Glück der Welt.

Jewgeni Dolmatowski